

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger, und für Anzeigen die Postanfertiger entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Fernsprech-Anschluß Nr. 83.

Veröffentlichungen der Anzeiger, und für Anzeigen die Postanfertiger entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Fernsprech-Anschluß Nr. 83.

Telegramme: Cagedblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 260

Donnerstag, den 7. November 1929

24. Jahrgang

Hilfe für die Erwerbslosen?

Deutschland ist ja bekanntlich nicht arm an eigenartigen Rassen. Es macht sich aber jetzt eine ganz besondere Art breit, die sich um die „schwarze Gefahr“ Sorgen macht, so daß wir oft annehmen könnten, wir hätten keine anderen Sorgen. Die hundert Millionen Neger, die es bei reichlicher Schätzung gibt und deren Heimatgebiet etwa 20 Millionen Quadratkilometer umfaßt, liegen diesen Leuten so am Herzen, daß sie entrüstet aufschreien, wenn man sie an die hundert Millionen Deutsche erinnert, deren Heimatgebiet kaum 4 Millionen Quadratkilometer umfaßt und die vor gar nicht langer Zeit überall gesüßelt und bedrückt wurden, so daß sie heute sich noch nicht davon erholen können. Mit der Zwangsarbeit einiger hunderttausender Schwarzer, die kein deutscher Kolonialfreund billigst, beschäftigen sie sich weit mehr als mit der erzwungenen Arbeitslosigkeit, die nun schon fast zwei Millionen deutscher Mitbürger fast bis zum Wahnsinn treibt. Die Reform des Gesetzes für die Arbeitslosenversicherung hat in Deutschland zwar große Wogen geschlagen, aber eine grundsätzliche Diskussion, wie man für die unglücklichen Arbeitssuchenden, hat sie nicht hervorgerufen.

Ja, es gibt sogar Gemütsmenschen, die aber belleid nicht als sozial, sondern als das Gegenteil angesehen werden wollen, die außer der heute üblichen Konzeption aller Bierbrauereischaffler an das Zeitarnikel — Nationalisierung geheßen — behaupten, daß der Saisoncharakter vieler Gewerbe eine gewisse Winterarbeitslosigkeit als nicht vermeidbar bedinge. Warum es aber in Frankreich mit seinen 600 Erwerbslosen im September 1929 keinen so ähnlichen Saisoncharakter gibt, habe ich vergeblich zu erforschen gesucht.

Für den vorurteilslosen und scharfen Beobachter ist es heute klar, daß die Arbeitslosenfrage in ihrem inneren Kern, nämlich Beschaffung von Arbeit, an der Anteil fast aller Parteien scheitert, da die Frage der Beschaffung von Arbeit, für die Volkswirtschaft gemüßbringender Arbeit gegen viele außen- und innenpolitische Dogmen der Parteien verstoßt, zu deren Aufgabe sie heute trotz aller Not der Erwerbslosen noch nicht bereit sind.

Zu einem dieser Dogmen gehört auch die nur in Deutschland bestehende Vermögensprüfung, teilweise sogar Ablehnung der Kolonialarbeit. Ich will sie nicht als Mittelmaß preisen, aber ihre Wirksamkeit für die Beschaffung von Arbeit ist in Verbindung mit anderen Reformen doch so groß, daß ich bezweifle, ob ihre Wegnahme auf die Dauer die Verantwortung der Arbeitslosen und dem deutschen Volke gegenüber tragen können.

Zum Beleg im folgenden einige praktische Untersuchungen.

Versicherungspflichtige Arbeitslose im Vergleich zur erwerbsfähigen Bevölkerung (Selbstständige und Anselbstständige)

Arbeitslose	in Prozent	
	1927	1,2 Jahresdurchschnitt
Belgien	1,2	1,2
England	6,0	6,0
Frankreich	0,01	0,01
Italien	1,5	1,5
Schweiz	0,6	0,6
Deutschland	6,0	6,0

Deutschland und England haben also im Jahresdurchschnitt den gleichen Prozentsatz Arbeitslose. Die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten wird statistisch nicht erfasst. Es gibt Leute, die jedoch die Arbeitslosenfrage auf drei Millionen beziffern. Das hat viel Wahrscheinlichkeit für sich, da der rückwärtslose Exportwille der Union eine nicht voll ausgenützte Produktionsquote beweist. Die drei größten Industriestaaten der Welt leiden also unter einer starken Arbeitslosigkeit: ein Beweis der Ueberindustrialisierung. Amerika hat große eigene Rohstoffvorkommen, wenn es auch verschiedene Rohstoffe einführen muß. England ist der Inhaber des größten Kolonialreichs, Deutschland hat weder Rohstoffe noch Kolonien. Was nennen die Kolonialgegner einen Beweis gegen den Nutzen von Kolonien; es ist aber lediglich ein Beweis für mangelhaftes wirtschaftliches Denken. Amerika hat keine Kolonien, aber Rohstoffe und doch Arbeitslose; England hat Kolonien und auch Arbeitslose, Deutschland hat keine Kolonien und keine Rohstoffe und trotzdem Arbeitslose. Die Arbeitslosigkeit hat also weder mit Rohstoffen allein noch mit Kolonien allein etwas zu tun, auch nicht mit dem Mangel an beiden. Die Kolonialgegner behaupten deshalb, der Ausbau des inneren Marktes durch erhöhte Löhne beseitige die Arbeitslosigkeit und damit die Arbeitslosigkeit. Der innere Markt der Union ist aber wirklich auf der Höhe, auch in England ist der Lebensstandard höher als in Deutschland; und trotzdem Arbeitslose.

Wir leben, mit dem Drehen auf der eigenen Achse wird das Problem nicht gelöst. Der Kernpunkt ist die Ueberindustrialisierung und die Vernachlässigung der Landwirtschaft. Die Industrie kann weder vom Kapital, noch von der Arbeit leben, vorerst hat der Austausch von Industriewerten gegen landwirtschaftliche Produkte noch immer sein Recht, und da sitzt die Krankheit, nicht nur bei uns, sondern in der ganzen Welt. Die Erhöhung der landwirtschaftlichen Preise nützt gar nichts — der Absatz wird sinken, und der Bauer hat nicht mehr Betriebskapital als vorher.

Kolonisation ist notwendig, und dazu sollen Kolonien dienen. England hat zwar Kolonien, aber nur machtpolitisch; wirtschaftlich hat es sich darum wenig bekümmert, landbestimmend hat es vollständig versagt, da es keine landwirtschaftlichen Auswanderer hat, die Eingeborenen aber so ausbeuten ließ, daß diese als Konsumanten fast gar nicht in Frage kommen. Das Suchen nach Diamanten, das Graben nach Gold hat ihm trotz aller Wehweihen und Kriege gar nichts genützt; als Industriestaat hat es von seinen Kolonien wenig Nutzen gehabt, da es vorwiegend Kapitalisten und keine Siedler in seine Kolonien geschickt hat. Kaum 6000 weiße Siedler haben in den deutschen Kolonien vor dem Kriege in kaum 15jähriger Aufbauarbeit einen Aus- und Einfuhrhandel von über 300 Millionen Mark im Jahre 1913 geleistet. Kein

anderer Kolonialstaat kam in seinen Anfängen solche Leistungen aufzuweisen. Es gibt ja besonders ehrliche und begabte Statistiker, die beweisen, daß der Handel der Kolonien 1913 nur 1,5 Prozent des deutschen Gesamthandels betragen habe, also nichts bedeute. Das bedeutet aber, daß 0,25 Prozent der deutschen Bevölkerung, die vollständig aus dem Nichts angefangen haben, 1,5 Prozent des Gesamthandels erarbeitet haben, also sechsmal soviel wie jeder Deutsche in der Heimat, der eine vollkommen eingerichtete Wirtschaft hatte.

Jeder Siedler braucht erarbeitet das Sechsfache für die Volkswirtschaft, wie der heimische Landmann. In fremden Kolonien für andere Volkswirtschaften, in eigenen Kolonien für die deutsche Volkswirtschaft.

Kolonisation tut not, sie schafft nicht nur Rohstoffe zur Stelle, sie vermehrt die Lebensmittelproduktion, sie gibt vielen Menschen Brot und Arbeit und schafft Bedürfnisse von Vielesachen des heimischen Arbeitslosen, erhöht also die Verbrauchskraft und Verbrauchsfähigkeit, schafft neue, zukunftreiche Absatzgebiete und bringt damit der heimischen Industrie Aufträge, dem Arbeitslosen Arbeit, der ganzen Wirtschaft neue Befruchtung und neuen Auftrieb.

Kolonien brauchen Kapital? — Ist der Anteil der Unbelehmbaren! Arbeitslosenversicherung braucht kein Kapital? Nein? 1,1 Milliarden jährlich sind dafür notwendig, dazu 511 Millionen

Koalitionskrise?

Auszug des Zentrums aus dem Rechtsausschuß wegen der Ehescheidungsreform

Im Rechtsausschuß des Reichstags wurde die Ehescheidungsreform weiter beraten. Ueber die prinzipielle Stellungnahme der einzelnen Parteien zur Ehescheidungsreform wurden verschiedene Erklärungen abgegeben. Der Reichsjustizminister war nicht anwesend. Abg. Pfleger (Wahr. Wp.) erklärte, er stelle fest, daß für ihn und seine politischen Freunde die Frage der Erleichterung der Ehescheidung eine so schwerwiegende politische Frage sei, daß nach seiner Auffassung weder im Reich noch in einem Lande ein Mitglied seiner Partei einer Regierungskoalition angehören könne, deren Mehrheit sich für eine Erleichterung der Ehescheidung ausspreche. Wenn er sich trotzdem an der Weiterberatung der vorliegenden Anträge beteilige, so geschehe das, um Verbesserungen der Anträge zur Annahme zu verhelfen. Abg. Dr. Bell (Ztr.) gab hierauf namens der Zentrumsmitglieder des Rechtsausschusses folgende Erklärung ab: Wir sind bei der Reichsregierung wegen der Behandlung der Ehescheidungsreform im Rechtsausschuß vorstellig geworden. Ueber das Ergebnis haben wir bisher von der Reichsregierung keine Mitteilung erhalten. Solange wir darüber nicht unterrichtet sind, können wir an den Sitzungen des Rechtsausschusses nicht teilnehmen.

Hierauf verließen die Zentrumsmitglieder geschloßen den Saal.

Abg. Dr. Kahle (D. Wp.) erklärte, daß er und der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Dr. Landsberg (Soz.) einmütig zu der Auffassung gelangt seien, daß es nicht ihre Sache sei, die Ehescheidungsreform von dem Arbeitsplan des Rechtsausschusses abzusehen, sondern daß lediglich und ganz allein der Rechtsausschuß selbst hierüber zu entscheiden habe.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) hob hervor, daß es seinen Freunden bei ihren Bestrebungen auf Reform der Ehescheidung darauf ankomme, bei zerrütteten Ehen eine Scheidung zu ermöglichen, ohne daß die Parteien zum Vorbringen unwahrer Behauptungen genötigt würden. Der Redner beantragte die Einsetzung eines Unterausschusses.

Im weiteren Verlauf der Sitzung beschloß der Ausschuß, die Anträge zur Ehescheidungsreform einem Unterausschuß für die weitere Beratung zu überweisen.

Die Tagung des Reichsausschusses für Handel und Industrie der Deutschen Volkspartei

Im Hause „Seefahrt von Bremen“ fand eine aus dem ganzen Reich stark besuchte Tagung des Reichsausschusses für Handel und Industrie der Deutschen Volkspartei statt. Reichstagsabgeordneter Dr. Hugo eröffnete die Sitzung mit einem Nachruf für den verstorbenen Dr. S r e s e m a n n. Den ersten Vortrag hielt Georg W i l l e r - D e r b i n g h a u s e n zum Thema: „Die wirtschaftliche Lage.“ Er wies die Behauptung zurück, als seien wir in Deutschland in einer Wirtschaftsdepression begriffen. Von einem Notjahr 1929 könne nicht gesprochen werden. Er sehe im Gegenteil in der Entwicklung eine Anpassung der deutschen Produktion an die Gleichgewichtslage, wie sie durch die fortwährenden Eingriffe des Staates geschaffen sei. Es sei ein Punkt erreicht, wo in sehr weiten Gebieten der Wirtschaft eine Verkleinerung der Produktion und die Abtötung von Arbeitskräften kapitalistisch vorzuziehen sei als die Erhöhung der Produktivität. Geheimrat

Wohlfahrtsaufschüsse. Nur einen kleinen Teil davon stellt nämlich in die Kolonien, und sie werden vielfachen Nutzen tragen. Ueber schickt Siedler, Techniker und Kaufleute hinaus und für die Eingeborenen Lehrer und Ärzte, aber keine Kapitalisten.

Auf 100 offene Stellen entfielen bei uns im Jahresdurchschnitt Bewerbungen:

Landwirtschaft	1925	1927
Bergbau	113	120
Baugewerbe	468	468
Kaufmännische Angestellte (männlich)	266	468
Kaufmännische Angestellte (weiblich)	928	1225
Techniker	442	520
	1075	1396

Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Jahre 1882 von 40 Prozent der Gesamtbevölkerung auf 52 Prozent im Jahre 1925. Diese Entwicklung wird noch weitergehen.

Es ist deshalb Zeit, die schönen Reden zu lassen und alle praktischen Vorschläge zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu prüfen. Vor der furchtbaren Gefahr des Arbeitsmangels müssen alle Parteibögen verschwinden, auch wenn das Eingeständnis früheren Unrechts vielen Parteipäpsten unangenehm ist. In der Kolonialfrage müssen wir alle umlernen, wenn wir Kolonisation als neue stützende Menschheitsaufgabe nutzbringend einreichen wollen in unsere Wirtschaftsorganisation.

Dr. Saps, M. d. R., behandelte das Thema von der politischen Seite aus. Zum Thema „Wirtschaftsicherung durch gründliche Staatsreform“ betonte Reichstagsabg. a. D. Dr. Luther die Notwendigkeit einer durchgreifenden Staatsreform und unterstrich besonders, daß jede wirksame Finanzreform neben der unmittelbaren Entlastung der Wirtschaft vor allem dem Glauben an die deutsche Zukunft stärken müsse. — An die Referate schloß sich eine eingehende Aussprache.

Doch noch ein Schlußgesetz in der Aufwertung?

Entgegen den vielfach in öffentlichen und privaten Kreisen vertretenen Ansichten, nicht noch einmal in die Wirrnisse der Ungerechtigkeit und Unzulänglichkeit der Aufwertung durch ein Schlußaufwertungsgesetz einzugreifen, wird anscheinend in nächster Zeit doch noch ein solches Gesetz für die Hypotheken- und Pfandbriefaufwertung vorgelegt werden. Wie zu erwarten war, handelt es sich dabei um den ominösen Verfalltag vom 1. Januar 1932, an dem die Aufwertung der Hypotheken zur Rückzahlung fällig werden. Es ist gar keine Frage, daß in einer ganzen Reihe von Fällen, namentlich wo sich Gläubiger und Schuldner wechselseitig für Betrogenes halten, der Termin 1932 nicht ohne Schwierigkeiten, nicht ohne Druck und Preßung vorübergehen würde. Ob aber nun die Gesetzesmaschine demüßigt werden muß, ob nicht eine Härteverordnung das gleiche vollbracht hätte, steht dahin. Auf jeden Fall muß das neue kommende Gesetz vermeiden, daß eine allgemeine Verschleppung der Schlußaufwertung und eine unnötige Aufblähung des Aufwertungssapparates der Regierung eintritt. In allen einschlägigen deutschen Gläubiger- und Schuldnerkreisen ist man, nachdem man von dem Streit um die Aufwertung einige Jahre entfernt ist, der Ueberzeugung, daß eine Aufwertung von staatswegen, eine unitarische Abregulierung niemals allen berechtigten Forderungen Genüge tun wird; jedes weitere Aufwertungsgesetz müßte immer wieder durch Härteverordnungen gemindert werden, weil es immer wieder, wie alle bisherigen auch, den einen oder den anderen Teil benachteiligt. Das neue Aufwertungsgesetz wird also in erster Linie zu vermeiden haben, daß von der Milderung, nämlich der bis 1. Januar 1932 zu genehmigenden Stundung der Rückzahlung oder der Rückzahlung in Raten, die Mehrheit wenn nicht die Gesamtheit der Schuldnerschaft sofort Gebrauch macht, eben weil es eine Vertagung und damit eine Milderung bedeutet. Bekanntlich ist schon ein großer Teil der Schuldner abgewiesen worden, der eine besondere Notlage und damit eine Abwertung bei der Festsetzung der bisherigen Beträge geltend machen wollte. Aufwertungsschuldner, die hier bereits abgewiesen wurden, müßte das Gesetz, von kleinsten Ausnahmen vielleicht abgesehen, völlig ausschließen. Das Gesetz muß vermeiden, daß bei Berechnung der Neuregelung, das Interesse für die Schaffung von Ersparhypotheken erlahmt. In Süddeutschland werden sich vermutlich weniger Komplikationen einstellen, weil man dort in viel höherem Maße als in Norddeutschland von der Möglichkeit Gebrauch gemacht hat, Kündigungshypotheken 1932 in unkündbare Tilgungshypotheken 1938 bei den Hypothekendarlehen umzuwandeln. Vielleicht wäre es ratsam, in dieser Richtung das Gesetz auszubauen und die Aufwertungstellen der Regierung nur als Berufungsinstanzen bei etwaiger Ablehnung durch die Hypothekenbanken zugänglicher zu lassen.